

Beschlüsse der 41. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- Koalition für die Jugend? - Gemeinsam für ein jugendgerechtes Niedersachsen!
- Verbandliche Bildungsstätten müssen klimafreundlich(er) werden!
- Sozialen Wohnungsbau ausweiten - auch im Interesse der jungen Generation!
- Arbeitsbefreiung: jugendgerechte Rahmenbedingungen schaffen

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Koalition für die Jugend? - Gemeinsam für ein jugendgerechtes Niedersachsen!

Die Koalition aus SPD und CDU setzt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung das klare Ziel, „*Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen*“ zu arbeiten. „Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“ lautet die Überschrift der Koalitionsvereinbarung weiter. Ein „*modernes*“ Niedersachsen muss ein „*jugendgerechtes*“ Niedersachsen sein, denn die Jugend ist es, auf die es auch in der Zukunft ankommt. Aus Sicht des Landesjugendrings müssen die drei zentralen Ziele der Regierungsparteien folgerichtig also den Prüfsteinen einer jugendgerechten Ausgestaltung und Betrachtung standhalten.

„*Technische Innovation soll gefördert werden, um daraus sozialen Fortschritt für alle Menschen zu gestalten.*“ - so heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Der gleichberechtigte Zugang zu digitalen Medien und einer entsprechenden Hardware-Ausstattung für alle jungen Menschen - unabhängig von der finanziellen Situation oder dem Wohnort der Familie - ist für die Zukunftschancen junger Menschen und deren Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus muss technische **Innovation** auch dem gesellschaftlichen Zusammenleben dienen und darf nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Auch bei einer lebensweltorientierten sozialen Angebots- und Unterstützungsstruktur für junge Menschen sowie der Beteiligung junger Menschen spielen die technische Infrastruktur und digitale Medien eine zentrale Rolle. Doch gesellschaftliche Innovation ist mehr als technischer Fortschritt: Junge Menschen haben den Wunsch und das Bedürfnis, mit ihren innovativen Ideen die Gesellschaft mitzugestalten. Jugendarbeit bietet hier vielfältige Erfahrungs- und Möglichkeitsräume für junge Menschen, entsprechende Ansätze und Entwicklungen zu erproben, sowie Expertise für den fachpolitischen Diskurs.

Für ein innovatives und jugendgerechtes Niedersachsen fordert der Landesjugendring:

- Die Herabsetzung des Wahlalters für Wahlen zum Niedersächsischen Landtag.
- Die Beteiligung junger Menschen bzw. deren Interessenvertretungen bei für sie relevanten Entscheidungen ist auf allen politischen Ebenen sicherzustellen.
- Alle anstehenden politischen Entscheidungen sind auf die Jugendrelevanz und die Auswirkungen der Entscheidungen für junge Menschen hin zu überprüfen. Die Einführung eines sogenannten „Jugend-Checks“ für alle geplanten Gesetzesvorhaben ist hierfür ein wichtiges Instrument, das Niedersachsen als erstes Bundesland einführen sollte.

- Die Beteiligung junger Menschen als handlungsleitendes Prinzip der Jugendarbeit in den Studiengängen der sozialen Arbeit muss ausreichend berücksichtigt werden.
- Die Erprobung neuer Partizipationsformen. Dabei muss die Verknüpfung von On- und Off-line-Partizipationsformen im Blick behalten werden.
- Alle jungen Menschen müssen bis zum Ende der Legislatur einen finanzierbaren Zugang zu schnellem Internet (mehr als ein GigaBit pro Sekunde) haben.
- Auch in der außerschulischen Jugendbildung müssen die Bereiche der kritischen Medienbildung und der Demokratiepädagogik unterstützt werden.
- Bildungslandschaften bzw. „regionale Bildungsnetzwerke“ müssen mit allen an der Bildung beteiligten Akteur-inn-en zukunftsgerichtet gestaltet werden. Hierfür sind die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das heißt auch, die außerschulischen Kooperationspartner in die Lage zu versetzen, gleichberechtigt mitwirken zu können.

Nach Auffassung der im Landesjugendring zusammengeschlossenen Verbände muss der Begriff **Sicherheit** umfassender verstanden werden und weit mehr als innere Sicherheit und soziale Sicherheit beinhalten. Für fast alle jungen Menschen ist die persönliche Zukunft von großer Unsicherheit geprägt. Dies betrifft beispielsweise die Entscheidung für die Ausbildungs-, Studien- und Berufslaufbahn ebenso wie oftmals prekäre Beschäftigungsverhältnisse für Berufsanfängerinnen, die nicht selten mit wechselnden Lebensorten einhergehen. Die Sicherung von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben gehört daher zu den zentralen Forderungen des LJR an die Landesregierung. Globale Krisen, der Klimawandel, soziale Ungerechtigkeiten sind weitere Beispiele, die insbesondere auch bei jungen Menschen Unsicherheiten auslösen.

Doch es gibt auch Schutzräume für junge Menschen. Die Lebenswelt „vor Ort“ und die vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen im Sozialraum spielen für Kinder und Jugendliche eine besondere Rolle und bieten oftmals diese Sicherheit. Hier sind auch die Angebote der Jugendarbeit ein unverzichtbarer Bestandteil. Sicherheit bedeutet demnach auch eine sichere und zuverlässige finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit in Niedersachsen. Alles andere entspricht einer voranschreitenden, schleichenden Entwertung der Strukturen der Jugendarbeit sowie deren Angebote und Leistungen.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert:

- Die Förderung der Jugendarbeit in Niedersachsen muss an die Kostenentwicklung und aktuelle Bedarfe angepasst werden.
- In allen Bereichen, die die Jugendarbeit betreffen, wie z.B. der Anpassung des JFG oder der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die Kinder- und Jugendhilfe, muss der Landesjugendring Niedersachsen partnerschaftlich eingebunden werden.
- Junge Menschen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt und ihnen muss Vertrauen entgegengebracht werden. Eine Speicherung von Daten Minderjähriger durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz darf nicht erfolgen.
- Jugendverbandsarbeit reagiert auf die Verunsicherungen durch zunehmende soziale Vereinzelung mit der Etablierung von Jugendgruppen. Hier machen junge Menschen Erfahrungen im demokratischen Miteinander und schaffen sich Schutzräume, in denen sie ihre Selbstwirksamkeit erfahren können. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte und umfassende Finanzierung der Gruppenarbeit in ganz Niedersachsen durch die Kommunen gewährleistet wird.

Zusammenhalt in der vielfältigen Gesellschaft soll durch verschiedene Aspekte befördert werden. Neben der von den Koalitionären beabsichtigten Steigerung von Gemeinsinn, gegenseitigem Respekt und Toleranz begrüßt der Landesjugendring Niedersachsen insbeson-

dere die Absicht, die bürgerschaftliche Verantwortung und damit auch das zivilgesellschaftliche bzw. ehrenamtliche Engagement zu stärken.

Zum Zusammenhalt der Gesellschaft gehört nach Auffassung des Landesjugendrings insbesondere auch, die Vielfalt als Stärke der Gesellschaft zu begreifen und Diskriminierung zu beseitigen. Dazu ist es beispielsweise notwendig, Selbstorganisationen von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, Fluchterfahrung, körperlicher, seelischer oder geistiger Beeinträchtigung oder einer nicht der heteronormativen Erwartung entsprechenden sexuellen Orientierung zu fördern und deren Teilhabechancen zu stärken.

Jugendverbände stehen für eine vielfältige Gesellschaft und wollen Angebote für alle jungen Menschen machen. Verschiedene Maßnahmen und Projekte der Mitgliedsverbände gegen Rassismus und Diskriminierung und für ein friedliches Miteinander sind auf mittel- und langfristige Regel- und Projektförderungen angewiesen.

Entsprechend fordert der Landesjugendring Niedersachsen:

- Die geplante Umsetzung unserer langjährigen Forderung nach Regionalstellen für ehrenamtliches Engagement muss unter dem Dach des Landesjugendrings erfolgen.
- VJMs leisten einen wichtigen Beitrag zu einer vielfältigen Gesellschaft. Ihre partizipativen Jugendstrukturen sind unabhängig von Erwachsenenstrukturen zu unterstützen.
- Eine verlässliche Förderung von Projekten der Jugendarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jedweder Art muss gewährleistet werden.

Um die Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements zu verbessern, ist es notwendig, bei Unternehmen auf flexiblere Freistellungsregelungen hinzuwirken. Hochschulen können hierzu durch Zeitkorridore ohne Klausuren innerhalb der Semesterferien beitragen. Die Landesregierung kann durch gezielte Werbekampagnen dazu beitragen, derartige Maßnahmen umzusetzen.

Zu einem jugendgerechten Niedersachsen zählen viele weitere Aspekte – insbesondere weisen wir in diesem Zusammenhang auf den Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des LJR „Jugendpolitische Forderungen 2018“. Der Landesjugendring Niedersachsen und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände wollen und werden die Niedersächsische Landesregierung sowie den Landtag auch in dieser Legislatur gerne durch innovative Ideen, sichere, fachliche Einschätzungen und vertrauensvolle Zusammenarbeit dabei unterstützen, Niedersachsen moderner und jugendgerechter zu machen.

**Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.
am 03.03.2018**

**Verbandliche Bildungsstätten müssen
klimafreundlich(er) werden!**

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert die Landesregierung auf, mithilfe finanzieller Mittel Sanierungs- und nötige Umbaumaßnahmen zur Erlangung eines klimafreundlichen Gebäudestandards der jugendverbandlichen Bildungsstätten zu ermöglichen.

Zur Erreichung der vereinbarten Klimaziele ist es unumgänglich, auch entsprechende bauliche Maßnahmen zu forcieren und Jugendverbände bei ihrem diesbezüglichen Engagement zu unterstützen. Bereits im Zuge des gemeinschaftlichen Projekts „Klima-Challenge“, welches von JANUN e.V., dem Landesjugendring und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen durchgeführt und vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz gefördert wurde, wurde dieses Problem erkannt sowie eine entsprechende Unterstützung seitens der Landesregierung zugesagt - dieser Zusage muss nun eine Umsetzung folgen!

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Sozialen Wohnungsbau ausweiten - auch im Interesse der jungen Generation!

Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, durch den Abbau von Leerstand mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Bautätigkeit des Landes deutlich auszuweiten.

Derzeit wird nur ein Fünftel des Bedarfs an Sozialwohnungen gedeckt. Die Situation nimmt an Brisanz zu, da jedes Jahr viele Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. An dieser Stelle ist die Landesregierung gefordert, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums durch adäquate Regelungen sicherzustellen.

Auch junge Menschen haben das berechtigte Interesse, sich ein eigenes und unabhängiges Leben aufbauen zu können. Der erste Schritt dazu ist die eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft außerhalb des Elternhauses. Junge Menschen in betrieblicher oder schulischer Ausbildung sowie im Studium können sich aber immer seltener eine eigene Wohnung oder ein WG-Zimmer leisten. Deshalb sollen spezielle Wohnprojekte wie Azubi- oder Studierendenwohnheime stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Diese Förderung darf nicht auf Kosten derer ermöglicht werden, die ebenso oder im noch höheren Maße von sozialer Ungleichheit betroffen sind.

Die Landesregierung ist aufgefordert, vor allem Genossenschaften und Kommunen zu unterstützen, um neue Wohnungen und innovative Wohnprojekte zu schaffen.

Beschluss der 41. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 03.03.2018

Arbeitsbefreiung: jugendgerechte Rahmenbedingungen schaffen

Jugendverbandsarbeit und außerschulische Jugendbildung sind tragende Säulen der demokratischen Gesellschaft in Niedersachsen. Ehrenamtliche im Flächenland Niedersachsen übernehmen für die Entwicklung unseres Gesellschaftsbildes in ihrer freiwilligen Arbeit eine hohe Verantwortung. Um diese Verantwortung wahrnehmen zu können, engagieren sie sich im Rahmen ihrer Freizeit und tragen wesentlich zu einem breiten, nicht kommerziellen Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen bei. Die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen prägen zum einen die Ehrenamtlichen selbst und zum anderen ihr Umfeld in Gemeinwesen und Beruf.

Ehrenamtliche stehen allerdings vor Herausforderungen: Die Zeitverdichtung nimmt zu und durch Reformen im Bildungswesen verkürzen sich Ausbildungs- und/oder Studienzeiten. Dies nimmt Freiräume für außerschulische ehrenamtliche Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Hier sehen wir einen drohenden Verlust von gesellschaftlich essentiellen Sozialkompetenzen, welche junge Menschen im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erlangen. Die Jugend- und Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen hat eine sehr hohe Qualität. Hier wird für ein jetzt und später gelingendes Leben gelehrt und gelernt. Zunehmend beobachten wir in unserer Arbeit, dass ehrenamtlich Tätige im Rahmen ihres Engagements auf Hürden stoßen. Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitgeber reagieren nicht selten unsensibel auf berechnete Freistellungsanträge im Rahmen der Jugendverbandsarbeit.

Im neuen Koalitionsvertrag ist die Bearbeitung der Arbeitsbefreiung für ehrenamtliche Tätigkeiten mit aufgenommen. Das ist für uns ein Schritt nach vorne. Nun wollen wir diese Chance nutzen und die Rahmenbedingungen für Arbeitsbefreiungen so gestalten lassen, dass sie junge Menschen in jeglicher Lebenssituation ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglichen - ohne Schlupflöcher für Arbeitgeber-inne-n [siehe Gesetz über die Arbeitsbefreiung § 1 Punkt (4)].

Deshalb fordern wir:

1. Die Vollversammlung des Landesjugendrings fordert von der Landesregierung im Hinblick auf die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements mehr Freiheiten in den Ausbildungsstrukturen. Wir fordern die Schulen, Ausbilder-inne-n und/oder Universitäten auf, konkrete Handlungsmöglichkeiten für die individuelle, anlassbezogene und nachteilsfreie Freistellung von ehrenamtlich Tätigen zu ermöglichen.

Wir fordern die Landesregierung auf, durch einschlägige Rechtsregelungen dafür Sorge zu tragen, dass die Schulen, Ausbilder-innen und/oder Universitäten sich dem nicht länger entziehen können.

2. Die Vollversammlung des Landesjugendrings fordert von der Landesregierung, dass der § 1 Punkt (4) des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports*: „*Der Arbeitsbefreiung darf kein dringendes betriebliches Interesse entgegenstehen*“, gestrichen oder abgeschwächt wird. Diese gesetzliche Regelung führt dazu, dass viele Arbeitgeber sich pauschal darauf berufen und keine Arbeitsbefreiung gewähren bzw. Ehrenamtliche sich nicht trauen, Arbeitsbefreiung zu beantragen. Und dass der §2 des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports* dahingehend angepasst wird, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen in Anspruch genommen werden können.
3. Die Vollversammlung des Landesjugendrings beauftragt den Vorstand des Landesjugendrings, die Entscheiderinnen und Entscheider an Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und im Beruf über die jeweils zutreffenden gesetzlichen Grundlagen stärker zu informieren und zu sensibilisieren.

*vom 29.06.1962 – Nds. GVBl. Nr. 15/62 – geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports vom 25.05.1980 – Nds. GVBl. Nr.19/80.